

2 Demokratie und Nationalismus – Zwillingsskinder der Volkssouveränität¹

2.1 Zusammenfassung

Demokratie als Herrschaftsform ist universal. Da nur wenige Menschen einen Weltstaat wollen, sind alle Demokratien auf unabsehbare Zeit partikular, mit einem begrenzten *demos* (Volk) und Staatsgebiet. Aus demokratischen Prinzipien lassen sich Größe und räumliche Reichweite eines *demos* nicht begründen. Es ist die erste Funktion des Nationalismus zu bestimmen, welche Menschen zu einem *demos* in einem bestehenden, wiederherzustellenden oder neu zu schaffenden Staat gehören sollen. Indem die Menschen sich das Recht auf freie öffentliche Rede, Versammlung und Vereinigung sowie die Wahlen von gesetzgebenden Volksvertretungen und Regierungen erringen, schaffen sie die Möglichkeit der Selbstkonstitution eines Volkes, das nach einem eigenen Nationalstaat trachtet. Insofern gefährden Liberalisierung und Demokratisierung die Existenz von autokratischen Staaten, die nicht von einer Nation getragen werden. Nationalismus, d. h. der Nationalstaatsgedanke, und Demokratie sind keine Gegensätze, sondern Zwillingsskinder der Idee der Volkssouveränität.

Von den heutigen tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalstaaten sind lediglich 18 durch Umwandlung von Fürstenstaaten in Nationalstaaten entstanden, wobei die meisten von ihnen viel Territorium an separatistische nationale Bewegungen abtreten mussten. Nur drei Nationalstaaten sind durch Staatenvereinigung entstanden. Alle übrigen 174 Staaten verdanken ihre Existenz einem separatistischen Nationalismus. Der vorherrschende Typ des Nationalstaats ist der Sprachnationalstaat. Im Zeitalter des Nationalismus wird sowohl versucht, die Sprachgrenze an die Staatsgrenze voranzutreiben, als auch die Staatsgrenze annähernd an die Sprachgrenze anzupassen. Während die Zahl der Sprachen insgesamt auf der Welt drastisch gesunken ist, hat sich die der Staatssprachen vermehrt. In 195 Staaten gibt es 129 verschiedene Amtssprachen. Einige wenige Sprachgruppen sind allerdings in mehrere Territorialnationen aufgeteilt. Das gilt vor allem für die Sprecher des Arabischen und der ehemaligen europäischen Imperialsprachen in Amerika und Afrika.

Der Sprachnationalismus lässt sich als ein modernes Phänomen aus der zunehmenden gesellschaftlichen Verflechtung und Arbeitsteilung infolge der In-

dustrialisierung, Urbanisierung, Alphabetisierung, Säkularisation und Bürokratisierung erklären. Je mehr die Menschen in ihrer Arbeit von ihren schriftsprachlichen Fähigkeiten abhängig werden, desto mehr erhält ihre Kenntnis der herrschenden Sprache eine herausragende Bedeutung für ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und ihre gesellschaftliche Stellung. Dies begünstigt entweder sprachliche Assimilation an die herrschende Sprachgruppe oder das Bestreben, die eigene Muttersprache gemeinsam mit anderen zur herrschenden Sprache in einem eigenen Staat zu machen.

2.2 Nation als staatspolitische Willensgemeinschaft

Mit der Ausbreitung der Idee des Nationalstaats von Frankreich und den USA auf andere Länder löste sich die ursprüngliche enge Verbindung zwischen Nationalismus und Demokratie, Nationalstaat und bürgerlich-liberalem Konstitutionalismus weiter. Das Anliegen des Nationalismus reduzierte sich mehr und mehr auf ein lediglich staatspolitisches Ziel, nämlich einen eigenen Staat für eine Willensnation zu erlangen, und wurde gesellschaftspolitisch völlig neutral. Seither kann Nationalismus demokratisch oder autokratisch, liberal, konservativ, sozialistisch, kommunistisch, faschistisch, islamistisch etc. sein. Dies bereitete den Sprachgebrauch vor, der sich mit der Gründung des „Völkerbundes“ als eines Staatenbundes, der *League of Nations*, durchzusetzen begann: Volk, Nation und Staat wurden zu Synonymen, mit einer gewissen Tendenz, die Institution Staat (oder Nation) und die Menschen, die Staatsangehörige sind, Volk (oder Nation) zu nennen. Im angelsächsischen Sprachgebrauch nennt man manchmal auch Länder Nation, während man im Deutschen und vielen anderen Sprachen mit Nation nur eine Menschengruppe (die Franzosen, Deutschen usw.) bezeichnet.

Versteht man Nation hingegen als staatspolitische Willensgemeinschaft, dann ist es eine empirische Frage, welche Menschengruppe einen gemeinsamen Staat will, z. B. die Angehörigen eines bestehenden Staates (staatserhaltender Nationalismus) oder die in mehreren Staaten (Vereinigungsnationalismus) oder in einem Randgebiet eines Staates (Abtrennungsnationalismus oder Sezessionismus). Es können Menschen mit unterschiedlicher Muttersprache und Abstammung (multilinguale, polyethnische Nationen) sein, aber auch Menschen nur einer Sprachgruppe. Nationalismus hat eine inklusive, integrative und eine exklusive Funktion: er schließt Menschen aus verschiedenen Regionen und Konfessionen zusammen und andere aus.

Da die gesamte Bevölkerung eines Gebiets wohl niemals einen gemeinsamen staatspolitischen Willen haben wird, kann man von Nationen nur in Annäherung an einen empirisch feststellbaren oder vermutbaren Mehrheitswillen in

einer Bevölkerung² sprechen, der im Zeitablauf schwankend oder fest und von einer sehr großen oder nur äußerst knappen Mehrheit getragen wird. In jedem Land gibt es Minderheiten mit einem abweichenden nationalen Willen. Nationen enthalten immer auch unmündige Menschen wie kleine Kinder oder Erwachsene, denen es gleichgültig ist, in welchem Staat sie leben. Ihre nationale Zugehörigkeit wird somit von der sie umgebenden Bevölkerung fremdbestimmt. Schließlich können auch dieselben Menschen von konkurrierenden Nationalismen beansprucht werden. Willensnationen entstehen zunächst in den Köpfen einzelner Menschen, ehe ihre Vorstellung von den zu einer Nation gehörenden Menschen (Bezugsgruppe ihres Nationalismus) und von einem zu bildenden Staat zunächst Minderheiten der designierten Nation und schließlich ihre Mehrheit erfasst. Es lässt sich demnach sagen: ein Massen ergreifender Nationalismus, hier verstanden als Nationalbewusstsein oder gemeinsamer Wille zu einem eigenen Staat, konstituiert eine Nation. Und nicht, wie es in der älteren Literatur zur nationalen Frage heißt: schlafende, in geistiger Finsternis gehaltene Nationen erwachen, erleben eine nationale Wiedergeburt und bringen somit einen Nationalismus hervor.

Manche Nationsbildung verharrt auf dem Papier von Phantasten oder in der Vorstellungswelt von Minderheiten der für die Nationsbildung vorgesehenen Bezugsgruppe, so vor allem die großen pannationalen Projekte, die alle Slawen, Skandinavier, Araber, Afrikaner, Turkvölker oder alle Christen, Moslems, Juden, Hindus usw. zunächst in einer Nation und dann in einem Staat vereinigen wollten. Aber auch kleinere Projekte wie das einer kaschubischen, bayrischen, padanischen oder sibirischen Nation blieben bislang auf dem Papier. Erlangen die Minderheiten, die eine Nation aus einer dazu designierten Bezugsgruppe bilden wollen, oft durch die Unterstützung anderer Staaten, staatliche Macht, so versuchen sie ihre Staats- und Erziehungsmacht zur Nationalisierung (nationalen Bewusstseinsbildung) der für die Nationsbildung ausersehenen Bevölkerung zu nutzen. Das geschieht dann in der Regel mittels Zuckerbrot und Peitsche, wobei die Peitsche empirisch oftmals ein völlig anderes als das erstrebte nationale Bewusstsein, nämlich ein rebellisches gegen den bestehenden Staat erzeugt. Bleibt es beim Versuch von oppositionellen oder von staatstragenden „nationalen Unternehmern“ – in der Sprache der nationalen Bewegungen hießen sie meist „Erwecker“ oder „Väter“ der Nation –, so entstehen lediglich vermeintliche Nationen, Putativnationen. Die sowjetische, die jugoslawische, die tschechoslowakische und die DDR-Nation waren solche Putativnationen, die nur im Bewusstsein von herrschenden Minderheiten sowie der VN verankert waren, aber nicht im politischen Bewusstsein der jeweiligen Bevölkerungsmehrheit. Da in den meisten Staaten kein Interesse besteht, genau zu wissen oder der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie groß die Zustimmung der Bevölkerung, insbesondere in Grenzregionen,

zu ihrer Existenz ist, ist es in vielen Fällen äußerst schwierig zu bestimmen, welcher Staat tatsächlich ein Nationalstaat ist und welcher nicht, weil er nicht durch eine staatsweite Willensnation getragen wird.

Nationen sind historisch entstandene gesellschaftliche Einheiten. Sie sind veränderlich. Nationales Bewusstsein kann im Laufe der Zeit wechseln und unterliegt bis zu einem gewissen Grade auch ökonomischen und politischen Vorteilserwägungen. So wurden z. B. aus nationalen Deutschen von Wien bis Bregenz nach 1945 mehrheitlich nationale Österreicher. Kriege haben oft eine Nation zusammenschweißende und zugleich trennende Funktion im Bewusstsein und in den Gefühlen der Menschen. Nur die wenigen über Jahrhunderte bestehenden Staaten konnten eine nationsbildende Kraft entfalten; ansonsten kamen und gingen die Staaten, die in der Moderne nationsbildenden Ethnien blieben jedoch relativ lange bestehen, auch wenn ihnen der eigene Staat für mehr als ein Jahrhundert geraubt (wie den Polen) oder gänzlich vorenthalten wurde. Wo Menschen während ihrer Lebenszeit die Staatsangehörigkeit häufiger wechselten als ihre Sonntagskleidung, können keine Identifikation mit einem Staat und keine Staatsnation entstehen.

Alle drei engeren Konzepte des Nationalstaats (das etatistische, das ethnizistische, das voluntaristische, d. h. das rechtliche, das kulturelle und das politische), die nicht jeden Staat zu einem Nationalstaat erklären, machen einen deutlichen Unterschied zwischen Nationalstaat und Imperialstaat. Dynastische Imperien beruhten auf der Herrschaft einer kleinen, oft polyethnischen, gesellschaftlichen Schicht. Sie wandelten sich im 19. Jahrhundert in West- und Nordeuropa in nationale Imperien; die imperiale Fremdherrschaft wurde zur Angelegenheit, zur „Mission“ einer Nation, der Nationalstaat zum Kern, zum „Mutterland“ eines Imperiums. Die halbherzigen Versuche, unter den Untertanen dieser Reiche ein gemeinsames polyethnisches, multilinguales Nationalbewusstsein beizubringen, scheiterten kläglich. Gegen den nationalen Imperialismus wandte sich der Nationalismus der sich unterdrückt fühlenden Völker, die einen eigenen Nationalstaat erstrebten. Dieser Nationalismus hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Auflösung der Sowjetunion vielleicht endgültig jegliche imperiale Fremdherrschaft von Nationen delegitimiert, wenn auch noch nicht überall beendet und den Nationalstaat zum einzig legitimen Staat gemacht. Ein Stück Imperialismus bleibt jedoch in vielen Nationalstaaten überall dort erhalten, wo eine größere Nation eine Mehrheitsherrschaft über Randgebiete des Staates ausübt, in der kleinere Nationen einen eigenen Staat (z. B. Kosovo) oder nationale Gruppen die Angliederung ihres Siedlungsgebiets an ihren konnationalen Nachbarstaat (z. B. Teile Nordirlands) wollen. Eine derartige nationale Mehrheitsherrschaft lässt sich sogar in konstitutionellen Demokratien ausüben, obwohl die nationalen Minderheiten sie

als Mehrheitsdiktatur erleben, sofern sie keine Chance haben, ihre Interessen in Wahlen, Parlamenten und der Regierung zur Geltung zu bringen.

2.3 Demokratisierung als Bedingung von Nationalismus und erfolgreicher Nationalstaatsbildung

Nach wie vor werden in großen Teilen der Welt Staaten allein durch autokratische Minderheitenherrschaft zusammengehalten. Wo sich Autokratien, seien es traditionale Monarchien oder moderne Diktaturen, lediglich auf soziale Minderheiten stützen, ändert eine Demokratisierung nur die politische und die sozio-ökonomische Ordnung wie in Polen. Demokratisierung führt jedoch überall dort zur Gefährdung eines Staates, wo die Existenz einer Staatsnation nur von einer staatstragenden Minderheit behauptet wird. Demokratisierung gefährdet die Existenz eines Staates, wenn erhebliche Teile der Grenzlandbevölkerung einen eigenen Staat wollen.

Demokratisierung ist jedoch nicht die Ursache, sondern lediglich die Bedingung einer Auflösung mancher Staaten. Denn Demokratisierung erlaubt die freie Meinungsäußerung, die öffentliche Versammlung und die politische Selbstorganisation der Bevölkerung, also auch die Bildung partikularer nationaler Organisationen, Parteien und Bewegungen. Demokratisierung der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei hieß Auflösung dieser Staaten, weil im spät-kommunistischen Zerfallsprozess keine nennenswerten sowjetischen, jugoslawischen und tschechoslowakische Parteien entstanden, sondern lediglich partikular-nationale Parteien. In Belgien gibt es zwar auch keine belgischen Parteien, nur flandrische und wallonische, aber vorerst können sich diese Parteien noch auf belgische Parlaments- und Regierungsmehrheiten einigen, weil das belgische Nationalbewusstsein noch stark genug ist.

Erfolgreicher nationaler Sezessionismus setzt nicht nur eine Schwäche des bestehenden Staates voraus, sondern bedarf meist der Patenschaft von Großmächten, die an der Auflösung oder Verkleinerung eines bestehenden Staates Interesse haben und politisch-militärischen Druck zugunsten einer nationalen Sezessionsbewegung ausüben, die aus sich heraus keine hinreichende starke zivile oder bewaffnete aufständische Kraft entfalten kann, um die Gewaltapparate Militär und Polizei eines bestehenden Staates niederzuringen. Fast alle Staaten beschwören das Prinzip der territorialen Integrität und neigen eher dazu, nationale Bewegungen in der öffentlichen Meinung negativ zu beurteilen, sie als nationalistische Bewegungen zu verurteilen oder als bloß ethnische oder ethnopolitische herabzuwürdigen. In der politischen Alltagspolemik ist der Patriotismus des über die Staatenordnung Andersdenkenden Nationalismus. Für die politikwis-

senschaftliche Analyse geht es hingegen beispielsweise bei der bevorstehenden Abstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands um die Frage, ob der britische oder der schottische Nationalismus in der Bevölkerung des Landes stärker verankert ist.

2.4 Nationalstaatsbildung durch Staatsumwandlung, Staatenvereinigung und Staatsabtrennung

Die Transformation von Fürstenstaaten in Nationalstaaten ist auf der ganzen Welt nur in vier Fällen gelungen: Frankreich, Portugal, Japan, wobei jedoch ihre Kolonien nicht in die Nationsbildung einbezogen wurden, und Nepal. Nur sozusagen im letzten Moment des nationalen Imperialismus wurde versucht, Algerien in den Nationalstaat Frankreich und die portugiesischen Kolonien in den Nationalstaat Portugal einzugliedern.³ In Spanien entstanden zwar eine Kernnation, gleichzeitig aber auch zwei andere, zur staatlichen Separation neigende Nationen. In weiteren 13 Fürstenstaaten bildeten sich ebenfalls aus der Kernbevölkerung Nationen, wobei diese Staaten jedoch große (z. B. Niederlande, Schweden, Großbritannien) oder sehr große Gebiete (Österreich, Türkei, Russland, China) an separatistische, nationale Bewegungen abtreten mussten, häufig erst nach langen Kämpfen und Kriegen. Zum Teil kämpfen sie auch heute noch mit solchen Bewegungen. Insgesamt sind es also nur 18 Fürstenstaaten, die durch vollständige oder partielle Umwandlung in Nationalstaaten und mit zum teil riesigen Gebietsverlusten (auch ohne Berücksichtigung der kolonialen Besitzungen) das 21. Jahrhundert erreichten, davon allein zehn in Europa, nur sieben in Asien und einer in Afrika: Frankreich, Portugal, Spanien, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Österreich, Russland, Türkei, Japan, China, Thailand, Nepal, Afghanistan, Iran, Oman und Äthiopien. San Marino ist der einzige Fall der Umwandlung einer Patrizierrepublik in einen Nationalstaat.

Nur drei Nationalstaaten auf der Welt entstanden durch die Vereinigung von vormodernen Staaten: die Schweiz, Italien und Deutschland. Auch die USA, Tansania und Kamerun entstanden durch die Vereinigung von allerdings nur kurzlebigen Staaten, sind aber im Wesentlichen das Produkt von nationalem Separatismus in Kolonialimperien.

Die meisten Staaten auf der Erde, 173 von 195, darunter auch die meisten Flächenstaaten in Europa (nämlich 32 von 45),⁴ verdanken demnach ihre Existenz einem nationalen Sezessionismus oder Unabhängigkeitsseparatismus⁵, d. h. einer separatistischen Nations- und Staatsbildung. Dies schließt nicht aus, dass große Teile der Bevölkerung vieler Länder erst nach der Staatsbildung ein nationales Bewusstsein und überhaupt ein modernes politisches Engagement für de-

mokratische oder autokratische Regime entwickelt haben. Entscheidend ist, dass sie den nationalen Aktivisten, die die Staatsbildung betrieben, keinen nachhaltigen Widerstand im Sinne der Erhaltung des imperialen Staates entgegensetzten.

Der separatistische Nationalismus war oft nur nach furchterlichen Kriegen und Massennorden und ungeheuerlichem Leid der Menschen erfolgreich und konnte sich nur selten mit friedlichen, gewaltlosen Mitteln durchsetzen. Die partikulare Nations- und Staatsbildung innerhalb der Imperien hat im Wesentlichen zwei Formen angenommen. Zum einen entstand *cum grano salis* aus einer Sprachgruppe bzw. einem Sprachvolk eine Nation oder innerhalb einer Sprachgruppe entstanden mehrere regionale Nationen, sei es aufgrund räumlicher Trennung durch Meere, durch aus der Zeit der vormodernen Herrschaftsgeschichte überlieferte religiöse Spaltung der Sprachgruppe (z. B. zwischen Niederländern und Flamen oder zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken) oder aufgrund des Gewichts lang anhaltender eigenstaatlicher Tradition (z. B. in den Kantonen der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Moldau, Montenegro). Zwar schließen viele Willensnationen zahlreiche sprachliche Minderheiten ein, aber recht eindeutig getrennte Sprachgebiete werden nur recht selten durch ein überwölbendes multilinguales Nationalbewusstsein geeint (z. B. Schweiz, Kamerun, Vanuatu). Viele derartiger multilingualer Nationen sind recht fragil wie die belgische, kanadische und indische, von der bosnisch-herzegowinischen und zypriotischen oder der noch bis vor wenigen Jahren behaupteten serbischen (inklusive der Kosovo-Bevölkerung) ganz zu schweigen. Hinzu kommt, dass die Nationen der umgewandelten west- und nordeuropäischen Königreiche, in denen bereits seit dem 16. Jahrhundert die Verwaltungssprache vereinheitlicht wurde und wo bereits lange vor 1789 Ansätze eines Nationalbewusstseins im Adel und im Bürgertum entstanden,⁶ ebenfalls mehrheitlich durch eine jeweils eigene Nationalsprache von den Nachbarländern geschieden sind, nicht bloß durch eine historisch bedingte Staatsgrenze. Auch in Frankreich, das weithin als Musterland für eine staatsrechtlich definierte Nation gilt, war stets auch die sprachliche (und auch ethnische) Konnotation von Nation bewusst. Der seit der Antike überlieferte vorstaatliche Nationsbegriff⁷, der sich ursprünglich auf kleinere Volksstämme (*nationes, gentes*) mit gemeinsamer Sprache und Abstammung bezog, hatte sich im Mittelalter regionalisiert und bezeichnete nunmehr Landsmannschaften. Aber trotz aller vorherrschenden Regionalisierung⁸ und Etatisierung des Nationsbegriffs blieb auch im französischen und englischen Sprachgebrauch seine sprachliche Konnotation lebendig. So hieß es etwa im *Dictionnaire académique* im 18. Jahrhundert, dass eine *nation* „durch alle Einwohner eines Staates, eines Landes konstituiert ist, die unter denselben Gesetzen leben und dieselbe Sprache gebrauchen“.⁹ Im Deutschen und noch deutlicher im Russischen (*nacija*) blieb die dem sprachlichen Ursprung nähere Bedeutung von Nation lange Zeit dominant, wäh-

rend im Französischen und Englischen die staatliche Bedeutung vorherrschend wurde.

2.5 Der Sprachnationalstaat als vorherrschender Typ des Nationalstaats

Die großen muttersprachlichen Gebiete, auf die sich die europäischen Imperial-sprachen Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Französisch und Niederländisch ausgedehnt hatten, dürften in 40 bis 50 regionalnationale Staaten aufgeteilt sein, alle anderen rund 150 Staaten haben einen mehr oder weniger starken einzigartigen mono- oder multilingualen nationalen Charakter.

2.5.1 *Die Verbreitung von Typen des Nationalstaats in den Erdteilen*

In Europa fällt eine erstaunlich große Übereinstimmung zwischen Sprachenkarte und Staatenkarte auf. In den meisten Staaten wird eine eigene Nationalsprache gesprochen. Nur wenige Staaten vereinigen zwei, drei oder vier mehr oder weniger gleichberechtigte Sprachgruppen (Schweiz, Belgien), die in der Regel jeweils territorial in der Mehrheit sind. In einigen anderen Staaten gibt es auch regionale Sprachmehrheiten mit rechtlich undefinierten und deshalb leichter fluktuierenden Sprachgrenzen, die im Gesamtstaat eine Minderheit darstellen (Mazedonien, Belarus, Ukraine). Letztere sind anfälliger für sprachnationale Konflikte als die ersteren, wie sich vor 1974 in Zypern und vor 1995 in Bosnien-Herzegowina zeigte.

Amerika ist in fünf Gebiete mit dominanten europäischen Sprachen der ehemaligen Kolonialmächte aufgeteilt, vor allem in das spanische (mit 18 Staaten), das englische (mit 14 Staaten), das portugiesische (Brasilien), ferner das französische (Haiti, der Gliedstaat Quebec und überseeische Territorien Frankreichs) und das niederländische (Surinam und überseeische Territorien der Niederlande). In Amerika hatten die europäischen Siedler die alteingesessene Bevölkerung majorisiert und sich weitgehend sprachlich an die kolonial herrschende Sprachgruppe assimiliert und sich ethnisch mit ihr verschmolzen. Bei der Nationalstaatsbildung herrschte fast ausschließlich der territoriale Nationalismus auf der Basis der innerstaatlichen Gliederung der Kolonialreiche vor. Indigene und neu entstandene Mischsprachengruppen (wie die der Kreolsprachigen) haben keinen staatsbildenden Nationalismus hervorgebracht.

Erst der Zivilisationsbruch des Ersten Weltkrieges und der Einfluss der Nationalstaaten Amerikas bahnten vorsichtig der Dekolonisation Asiens, Afrikas und Ozeaniens den Weg, bevor der Zweite Weltkrieg und dann der Antikolonial-

lismus der Weltmächte USA und Sowjetunion den Widerstand der europäischen Kolonialmächte brachen und den Weg zur Bildung von zahlreichen Staaten in diesen drei Erdteilen sowie in der Karibik ebneten. In Afrika war wie in Amerika fast ausschließlich der separatistische Territorialnationalismus auf der Basis der meist recht willkürlich, ohne Rücksicht auf die Ethnien und Sprachen der einheimischen Bevölkerung gebildeten kolonialen Verwaltungseinheiten staatsbildend. Außer dem Arabischen in Nordafrika und in Teilen des westlichen Asiens konnte bislang im subsaharischen Afrika keine der einheimischen Sprachen die Funktion der Imperialsprachen als staatliche Amtssprachen völlig ablösen, die demnach auch nicht dieselbe nationsbildende Kraft wie in Amerika ausstrahlen. Ihre wichtigsten Träger sind nicht aus Europa kommende Siedler, sondern einheimische Eliten, die in den Imperialsprachen sozialisiert wurden. Diese postkolonialen Eliten sahen sich vor die Aufgabe gestellt, nach der Staatsbildung auch eine Nationsbildung in der Bevölkerung mittels eines Ausbaus der Infrastruktur, der ökonomischen und gesellschaftlichen Verflechtung, der Erziehung in der Staatssprache und vor allem durch politische Bildung bzw. Indoktrination herbeizuführen. In diesen Ländern hatten die vorkoloniale und die nur wenige Generationen währende koloniale Herrschaftsordnung sowie die geringe sozioökonomische Entwicklung und Verflechtung nur im geringen Ausmaß die Verschmelzung der zahlreichen Sprachen (Mundarten) und ihre Entwicklung zu modernen Schriftsprachen, demzufolge auch die Verschmelzung von kleineren zu größeren Ethnien begünstigt. Somit ist in den subsaharischen Staaten die Entwicklung eines staatstragenden Nationalbewusstseins erheblich erschwert. Manche der Staaten wurden überhaupt nicht dauerhaft funktionsfähig und durch heftige ethnische und religiöse Konflikte erschüttert. Einige Staaten zerfielen in mehrere Herrschaftsbereiche (Somalia, Kongo usw.). Dabei entstanden jedoch nicht neue und kleinere, sprachlich-ethnisch fundierte Nationalstaaten, sondern oft nur kurzlebige Herrschaftsgebilde von Stämmen und Klans oder schlicht kriminellen Banden, die weder die Fähigkeit noch den Willen zur Nationalstaatsbildung haben. Allerdings hat sich rechtlich das Staatengefüge bislang nur geringfügig geändert. Sansibar vereinigte sich mit Tanganjika, von Sudan spaltete sich Südsudan ab. Marokko okkupierte und annektierte den größten Teil Westsaharas ohne internationale Zustimmung. Zahlreiche Separationsbewegungen, die zeitweise große Gebiete kontrollieren konnten, wurden äußerst blutig unterdrückt, wie zuletzt die der Tuareg in Mali.

In Asien spielten die Grenzen vorkolonialer, meist multilingualer und polyethnischer Reiche, von denen sich nur wenige kolonialer Herrschaft entziehen konnten, eine erhebliche Rolle, daneben aber solche, die von den Kolonialmächten gezogen wurden. Insgesamt waren die vorkoloniale wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Institutionalisierung des Staates und auch die ethnische

und sprachliche Verschmelzung verwandter Ethnien sowie die Entwicklung von Schriftsprachen und -kulturen weiter fortgeschritten als in Afrika, so dass hier größere, kompaktere Nationen entstehen konnten. Da aber viele Staaten noch autokratisch sind, ist bei ihrer Demokratisierung mit nationalen Separationsbewegungen zu rechnen.

In Ozeanien haben die sprachlich-ethnische Diversität der Bevölkerung, außer in den beiden ehemaligen britischen Siedlerkolonien Australien und Neuseeland, und die großen Entfernungen zwischen den Inseln die Aufteilung der britischen und der ehemaligen deutschen Kolonien, die für Jahrzehnte in internationale Mandats- und Treuhandgebiete umgewandelt worden waren, in mehrere recht kleine Inselnationen und -staaten gefördert.

Wie viele der heute bestehenden 195 Staaten sind nun nach den bisherigen Ausführungen wirkliche Nationalstaaten, also Staaten die von der überwältigenden Mehrheit ihrer Bürger gewollt werden und deren territoriale Integrität nicht durch kleinere Nationen oder nationale Gruppen in Randgebieten des Staates in Frage gestellt wird? Auf diese Frage ist keine verlässliche, empirisch gesicherte Antwort möglich, weil Staaten, selbst Demokratien, kein Interesse haben, wirklich zu erforschen oder gar bekannt zu geben, wie viele ihrer Bürger den bestehenden Staat mit seinem Staatsgebiet und seinem Staatsvolk wollen oder wünschen, dass ihr Staat mit einem oder mehreren anderen vereinigt oder in zwei oder mehr Staaten aufgeteilt wird. Dass die sowjetische, die jugoslawische, die tschechoslowakische und die DDR-Nationen nur Kartenhäuser waren, wollten 1988 nur sehr wenige Zeitgenossen und auch Wissenschaftler wahrhaben. Beispiele national fragiler Staaten wären recht viele zu nennen. Einsprachigkeit ist entgegen weit verbreiteter Auffassung keine Bedingung stabiler Staatlichkeit und stabilen Nationalbewusstseins. Die Schweiz ist sicher einer der national am meisten gefestigten Staaten der Welt. Aber dennoch hängt schwaches oder mangelndes gemeinsames Nationalbewusstsein sehr häufig mit sprachlichen, ethnischen oder religiös-konfessionellen Bruchlinien unter den Staatsangehörigen zusammen. Zu fragen gilt es, wie das zu erklären ist.

2.5.2 Die Verminderung der Sprachen bei gleichzeitiger Vermehrung der Staatssprachen

Es gibt keine Untersuchung über die Anzahl der zur Zeit in der Welt politisch aktiven und relevanten nationalen Bewegungen, also solcher Bewegungen, die für große, national mobilisierte Teile einer sprach- oder ethnonationalen Gruppe sprechen, die die Mehrheit einer Grenzregionsbevölkerung darstellt, also hypothetisch separationsfähig ist. Solche Gruppen wären in der Lage, sich einem anderen Staat anzuschließen oder einen eigenen unabhängigen Staat, einen föde-

Politische Streitfragen

Band 4: Weltpolitische Herausforderungen

Jahn, E.

2015, XII, 272 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-05033-7